

Editorial

Heben wir ab?

Auf eine lange Periode, in der sich die österreichische Wirtschaft auf der Überholspur befand und damit – gemessen am BIP pro Einwohner – Europareife erlangte, folgten einige Jahre des Katzenjammers. Von 1983 bis 1987 lag das österreichische BIP-Wachstum unter dem OECD-Durchschnitt, und in den Jahren 1984, 1986 und 1987 sogar unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder sowie unter der Wachstumsrate unseres Haupthandelspartners, der BRD. Darüber hinaus traten in diesen Jahren eine Reihe von Problemen und Strukturschwächen unserer Wirtschaft zutage, die – verstärkt durch Skandale und verschiedene politische Ereignisse – dazu führten, daß die Reputation Österreichs im Ausland kräftig angekratzt wurde. Die Europareife wurde von manchen bereits wieder in Frage gestellt.

Zu Jahresende 1987 prognostizierte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung – zugegebenermaßen unter dem Eindruck der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten stehend – für 1988 ein Wachstum des realen BIP von 1,0 Prozent in Österreich gegenüber 1,8 Prozent für OECD-Europa. Schon im darauffolgenden März revidierte man den Wert für Österreich um einen halben Prozentpunkt aufwärts, da die negativen Folgen des Börsenkrachs nicht im erwarteten Ausmaß eintraten, die internationalen (v. a. Devisen- und Finanz-)Märkte sich beruhigten und die Österreicher weniger sparten und dafür mehr konsumierten und auch investierten. Doch das negative Wachstumsdifferential zu OECD-Europa blieb nach wie vor bestehen.

Doch im Juni, als die Werte des ersten Quartals bekannt wurden, mußte man die reale BIP-Wachstumsrate für Österreich nochmals, und zwar gleich um einen vollen Prozentpunkt, auf 2,5 Prozent hinaufrevidieren. Zwar wurde infolge der Stabilisierung und der verstärkten Nachfrage auf den internationalen Märkten auch der Prognosewert für OECD-Europa auf 2,5 Prozent angehoben, doch würden wir, auch mit den Prognosewerten für 1989, seit zwei Jahren erstmals wieder gleichauf mit der BRD und mit dem europäischen OECD-Raum liegen (falls nicht auch die Werte für die gesamte OECD weiter hinaufrevidiert werden). Stimmt diese Prognose, so bleiben auch weitere Jubelmeldungen nicht aus: erstmals in den achtziger Jahren wird eine sinkende Arbeitslosenrate (von 5,6 auf 5,4 Prozent) registriert werden,

der private Wohnbau erlebt den stärksten Boom seit Jahren, die Exporteure verzeichnen auf den traditionellen Märkten wieder Marktanteilsgewinne, trotz einer wachsenden Inlandsnachfrage wird nicht mit einem verstärkten Inflationsdruck gerechnet, und die Leistungsbilanz dürfte sich wieder etwas verbessern, der Saldo dreht von einem geringen Minus auf ein kleines Plus.

Haben wir damit endlich die Kriechspur verlassen, heben wir ab, setzen wir wieder zum Überholen an? Um diese Frage zu beantworten, muß natürlich das Zustandekommen der Prognoseergebnisse etwas näher beleuchtet werden. Und dabei zeigt sich, daß vor allem im ersten Quartal dieses Jahres eine ganze Reihe von Sonderfaktoren wirksam wurden, die die These einer echten Wende in Frage stellen. Zu diesen Sonderfaktoren zählen der späte Ostertermin und der milde Winter, der sich vor allem in der Bauwirtschaft und damit auch in den Arbeitslosenzahlen niederschlug. Die Bauwirtschaft expandierte im ersten Quartal um 9 Prozent über dem Vorjahreswert. Besonders zu erwähnen ist natürlich auch der Basiseffekt, der sich aus dem extremen Konjunkturbruch der ersten Monate des vergangenen Jahres und somit hohe Wachstumsraten von einem extrem niedrigen Niveau aus ergibt.

Von besonderer Bedeutung ist die verbesserte Lage der Exporteure aufgrund der Verstetigung der internationalen Konjunktur. Nach der Krise auf den internationalen Finanzmärkten und den darauffolgenden Interventionen und koordinierten Schritten der Währungsbehörden stabilisierten sich der Dollarkurs und die Zinssätze, beides gefördert durch die Erfolge der Vereinigten Staaten in der Bekämpfung ihres Leistungsbilanzdefizites, ohne daß dies durch eine Nachfragedämpfung in den USA bewirkt wurde. Wesentlichen Anteil an den optimistischeren Exportdaten hat auch ein unerwarteter Aufschwung im internationalen Handel mit Grundstoffen. Da jedoch diese Nachfrage eventuell nur dem Lageraufbau dient, darf man sich nicht auf ein Anhalten dieser Situation verlassen, wenn auch ein Teil davon – etwa über den Automobilbau – in die Endnachfrage nach Konsumgütern fließt. Die Binnennachfrage in der OECD scheint nun also doch mit sehr großer Verzögerung auf die Realeinkommensgewinne nach der Ölpreissenkung zu reagieren. Der durch die Beruhigung der internationalen Lage ermöglichte Exportanstieg bewirkt auch, daß der jüngste Aufschwung ohne Abstriche in der Leistungsbilanz vollzogen wird.

In der Binnennachfrage wirkt sich positiv aus, daß nach zwei Jahren etwas kräftigerer Einkommenssteigerungen das Geld nicht mehr nur auf Sparkonten gelegt wird. Die Sparquote wird also wieder auf normalere Werte gedrückt, da die

Vorsichtsmotive – Sparen wegen unsicherer Konjunkturaussichten und steigender Arbeitslosigkeit – zumindest vorübergehend an Bedeutung verlieren. Für 1989 wird infolge der Steuerreform mit einer kräftigen Anhebung der Masseneinkommen gerechnet, die sich – wenn auch mit zeitlichen Verzögerungen – im Konsum niederschlagen wird.

Die Investitionstätigkeit läßt in Österreich etwas nach. Dies scheint zwar auf den ersten Blick bei der momentanen Nachfragebelebung seltsam, ist jedoch darauf zurückzuführen, daß der gegenwärtige Industrieinvestitionszyklus schon länger als üblich andauert.

Wie sind nun diese Faktoren zu bewerten? Die internationale Konjunktur erscheint deutlich gefestigt, die Risiken sind – wenn auch nach wie vor latent vorhanden – deutlich geringer als noch vor etwa einem halben Jahr. Eine leichte Tendenz zum Anziehen der Geldpolitik ist zu beobachten, doch in den USA wird diese kaum vor den Wahlen einen spürbar restriktiven Kurs einschlagen. Die Aussichten für den Welthandel werden von internationalen Organisationen zunehmend günstig eingeschätzt. Während sich der Ostexport weiter verlangsamt, bietet die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position der Entwicklungsländer auch wieder bessere Absatzchancen (dabei muß allerdings gesagt werden, daß gerade eine realistische Einschätzung der Außenhandelsentwicklung durch statistische Probleme erheblich erschwert wird).

Die Binnennachfrage wird von den erwähnten Sonderfaktoren überzeichnet. Da jedoch im ersten Quartal das reale BIP im Jahresabstand mit 4,5 Prozent anstieg, scheint auch bei deren Wegfall im weiteren Jahresverlauf der BIP-Jahreswert von 2,5 Prozent realistisch. Dennoch muß man sich darauf besinnen, daß die positive Prognoserevision nicht unwesentlich durch „windfall profits“ und nicht durch eine unerwartete Steigerung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft verursacht wurde. Die Wahrscheinlichkeit, daß durch exogene Anstöße über Multiplikatorwirkungen ein selbsttragender Aufschwung eingeleitet wird, ist eher gering einzuschätzen. Und gerade darin liegt auch eine Gefahr der gegenwärtigen Konjunkturbelebung.

Zugegebenermaßen wirken sich die in Ansätzen realisierte Reorganisation in der Verstaatlichten Industrie ebenso wie die Vorbereitung eines modernen Steuersystems positiv aus. Doch in einer durch die jüngste Konjunkturprognose ausgelösten Welle des Optimismus könnte der gelernte Österreicher dazu neigen zu übersehen, daß sehr viele Probleme noch lange nicht gelöst, viele noch gar nicht angepackt sind. Mit einer höheren Wachstumsrate und mit einer niedrigeren Arbeitslosenrate läßt sich's wieder bequem eine Zeitlang

durchtauchen. Notwendige Strukturvereinigungen werden nicht so forsch angepackt bzw. aufgeschoben, und man läßt sich wieder von exogenen Kräften treiben. Die Bereinigung der Industriestruktur erscheint durch die Grundstoffhaussse weniger dringlich, und was will man mehr als sinkende Arbeitslosenraten.

Doch bleibt wahrlich genug zu tun: Die Modernisierung aller Produktionsfaktoren muß weiter rasch vorangetrieben werden, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Die Steuerreform bringt uns zwar Entlastungen und ein moderneres Steuersystem, beschert jedoch gerade im Übergangsjahr Einnahmeneinbußen im Budget, die das angestrebte Sanierungsziel 1989 erheblich erschweren. Selbst wenn diese Einbußen nur vorübergehend sind, wird angesichts der absehbaren Tendenzen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite die Senkung des Nettodefizits auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Daß die Leistungsbilanz der letzten Jahre bei äußerst schwachem Wirtschaftswachstum nicht positiver ausfiel, läßt auf gewisse Strukturprobleme schließen. Wenn auch 5,4 Prozent Arbeitslosigkeit im internationalen Maßstab erfreulich niedrig sind – zumindest für sozial bewußte Menschen ist jede Arbeitslosenrate nach unten revisionsbedürftig, besonders wenn auch strukturelle Aspekte berücksichtigt werden. Viele Umweltfragen sind noch genauso ungelöst wie vor Jahren, und viele der etwa im Koalitionspapier angestrebten Vorhaben schlagen sich noch immer nicht in Investitionen nieder.

Damit soll unsere Wirtschaft nicht krankgejammert werden, im Gegenteil, gerade die Veränderungen in der Exportstruktur zeigen, daß sie leistungsfähiger ist als ihr Ruf. Jedoch sollten uns die jüngsten Konjunkturdaten nicht euphorisch über das hinwegsehen lassen, was noch zu tun ist, sie sind kein Grund zum Abheben. Gerade im Hinblick auf unsere Überlegungen, wieweit Österreich in einen gemeinsamen europäischen Markt passen könnte, muß diese erfreuliche Entwicklung als Chance genommen werden, um ihr Potential voll auszuschöpfen und den Modernisierungsprozeß zu beschleunigen.